

vor allem den Versuch neuerlich zu unternehmen, den Ausgleich einer parlamentarischen Beratung zuzuführen. Sache des Hauses sei es, den Ausgleich zur Beratung zu ziehen. Die Regierung werde an der Seite der Abgeordneten stehend im Bestreben, den Ausgleich fertig zu stellen und, wenn guter Wille vorliegt, woran er am allerwenigsten in betreff der Antragsteller zweifle, so werde die Eventualität, von der gesprochen wurde, überhaupt nicht in Betracht kommen. Der Minister erklärte, keine parlamentarische Regel zu kennen, welche das Recht geben würde, das Haus seine Aufgaben nicht lösen sollte, die zu lösen das Recht, die Aufgabe und die Pflicht des Hauses ist. Diese Abmachungen könne er dem Hause nicht mitteilen, weil es Sache des Hauses, darüber zu entscheiden, daß sie nicht zur That werden sollen. Der Ministerpräsident schloß: „Ich überlasse Ihnen, die Regierung in diese unangenehme Lage nicht zu verlegen.“ (Beifall rechts.) Die Abgeordneten Brade und Daszinski stimmten der Dringlichkeit zu. Abgeordnet Groß führte aus, Oesterreich werde nunmehr durch das dynastische Gefühl zusammengehalten. Der Abg. Lueger forderte Zustimmung über die bezüglich der Erhöhung der Quote getroffenen Vereinbarungen. Hierauf wurde die Dringlichkeit, betreffend die Bekanntgabe der Abmachungen der beteiligten Regierungen im Falle der Aktionsunfähigkeit des Parlamentes, abgelehnt und die Dringlichkeit bezüglich der ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen angenommen. Nächste Sitzung Montag.

* Prag, 30. September. Der Stellvertreter des Oberstlandmarschalls, Lippert, verabschiedete sich gestern vom Landesausschusse, da er sein Landtagsmandat niederlegt.

* Budapest, 30. Septbr. Im Abgeordnetenhaus erreichte der Landesverteidigungsminister Frhr. von Fejervary einen Gesetzentwurf, betr. das Rekrutenfontingent, ein. Präsident v. Szilagyi beantragte, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung die Wahl des Vicepräsidenten und der Ausschussmitglieder zu setzen. Polonyi (unabhängig) erklärte, er nehme diese Tagesordnung an, mache aber das Land darauf aufmerksam, daß die Regierung das Haus nicht zu beschuldigen wisse, oder daß sie vielleicht Komplize der österreichischen Regierung sei, welche einen Staatsstreich vorbereite. Kossuth pflichtete dieser Ansicht bei. Graf Apponyi nahm gleichfalls die Tagesordnung an und wies darauf hin, daß die Lage bezüglich des Ausgleichs heute verworren sei, denn je die den österreichischen Vorlagen beigegebene Begründung beweise, was die Regierung stets leugne, daß sie nämlich in die Quotenerhöhung eingewilligt habe. In dieser Beziehung werde er Aufklärung fordern. Apponyi (fortfahrend): Entweder habe die ungarische Regierung das Land getäuscht, oder die österreichische Regierung habe die Fiktion gehabt, als Bedingung des Vertrages etwas anzugeben, bezüglich dessen noch keine Vereinbarung zustande gekommen war, und das würde es der ungarischen Regierung unmöglich machen, mit der österreichischen weiter zu verhandeln. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er halte es für notwendig zu konstatieren, daß beide Regierungen den Gesetzentwurf selbst unter gegenseitigem Einvernehmen festgestellt haben, und daß den beiden Parlamenten gleiche Gesetzentwürfe unterbreitet worden sind. Die Begründung der Gesetzentwürfe sei aber von keiner Seite zum Gegenstande einer gegenseitigen Beurteilung gemacht worden. Er, der Ministerpräsident, habe die Begründung des österreichischen Gesetzentwurfes nicht gekannt und brauche dieselbe auch nicht zu kennen. Er habe in den Blättern gewisse Inhaltsangaben gelesen, müsse jedoch erklären, daß zwischen beiden Regierungen keinerlei Vereinbarung besteht. Die ungarische Regierung trete auch heute auf dem Standpunkt, daß die Quotenreduktionen berufen seien, in dieser Frage vorzugehen. Eben darum sei sein Bemühen darauf gerichtet, und hoffentlich mit Erfolg, daß die Quotenreduktionen demnächst ihre Verhandlungen beginnen und daß eine Lösung der Frage derart gesucht werde, wie die Quotenreduktionen es für gut finden und wie die ungarische Quotenreduktion es bereits zum Ausdruck gebracht habe, nämlich unter genauer Berücksichtigung der ziffermäßigen Daten. Wenn die österreichische Regierung in der Begründung ihrer Vorlage ihre Hoffnung, oder, wenn es beliebt, ihre Forderung daran knüpfe, daß die Quote erhöht werde, so könne dies ihrer individuellen Ansicht oder ihr Wunsch sein, doch bestehe in dieser Hinsicht keinerlei wie immer geartete Vereinbarung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Unter solchen Umständen lägen seiner Ansicht nach ein neues Gravamen und ein neuer Grund, weshalb in diesem Hause nicht verhandelt werden könne, nicht vor. Dem Hause lägen die Ausgleichsvorlagen vor, mit denen sich, wie er hoffe, die kompetenten Ausschüsse bereits im Laufe dieser oder der nächsten Woche befassen würden. Da die Vorlagen sich in den Ausschüssen befinden, so könne sich doch das Haus selbst mit denselben zur Zeit nicht befassen. Der Ministerpräsident konstatierte hierauf, daß es nicht an ihm liege, wenn das Haus nicht arbeite; er fordere die Verhandlung nicht, obwohl die Erledigung einzelner Vorlagen zweckmäßig wäre. (Zustimmung rechts.) Ferdinand Poranitsky erklärte, wenn keine Vereinbarung mit der österreichischen Regierung bezüglich der Quote zustande gekommen sei, so enthalte die Vorlage der österreichischen Regierung eine Unwahrheit. Der Vorschlag des Präsidenten wurde angenommen.

Dänemark. Kopenhagen, 30. September. Gestern abend fand auf Schloß Bernstorff in Anwesenheit aller Mitglieder der Königl. Familie in dem Gemache, in welchem die Leiche der Königin ruht, ein kurzer Trauergottesdienst statt. — Ueber die letzten Stunden der Königin wird noch berichtet: „Die Königin lag den ganzen Tag über bewusstlos. Nur hie und da erwachte sie auf einige Augenblicke und stützte unverständliche Worte, litt jedoch offenbar keine Schmerzen und hatte auch keine Atemnot. Inbessenen schwand die Lebenskraft zusehends, und die Ärzte erwarteten die Katastrophe jeden Augenblick. Es konnte ihr seit Tagen nur noch Champagner eingeflößt werden. Der König blieb den ganzen Tag im Krankenzimmer. Abends kehrte der sterbenden Königin auf kurze Zeit das Bewußtsein zurück. Sophrister Pauli spendete ihr geistlichen Trost. Frühmorgens gegen 1/6 Uhr wurde die Königin durch einen sanften Tod von ihren Leiden erlöst.“ — Das erste Telegramm mit der Todesnachricht wurde an den Zaren abgefaßt, dann an die übrigen Höfe. Eine Menge Beileidsdepeschen, Blumenpenden sind bereits in Schloß Bernstorff eingetroffen; darunter die des Zarenpaares, das zur Beilegung kommen dürfte.

Schweiz. Genf, 30. September. Die Tessiner Polizei verhaftete dieser Tage einen gewissen Ugo Ramboni, welcher angeklagt wird, an der Ermordung der Kaiserin Elisabeth mitschuldig zu sein. Ramboni wurde heute nach Genf eingeliefert.

Italien. Der „B. R.“ wird aus Rom berichtet, daß dort kürzlich der Koadjutor des Erzbischofs von Mohilew, Monsignore Nidziadkowski, zu einem Besuche ad limina eingetroffen ist, und anknüpfend hieran hervorgehoben, daß in den letzten Jahren weit häufiger als früher katholische Bischöfe aus Rußland im Vatikan erscheinen, seitdem für diese Reise nicht mehr eine besondere Ermächtigung seitens des Zaren eingeholt zu werden braucht. Man habe sich in den kirchlichen Kreisen Roms auch aus diesem Anlasse über das toleranter Regime, das in Petersburg gegenwärtig gegenüber der katholischen Kirche herrsche, mit Befriedigung geäußert.

Niederlande. Den „Daily News“ wird aus dem Haag, wo sich zur Zeit der Gesandte von Transvaal, Dr. Leyds, aufhält, be-

richtet: Dr. Leyds habe Berlin verlassen, ohne den Kaiser gesprochen zu haben. Er mußte sich mit dem Versprechen begnügen, der Kaiser werde ihn ein anderes Mal empfangen. In Abwesenheit von Bülow wurde Leyds vom Wirklichen Geheimrat v. Derenthall empfangen und zwar mit folgenden Worten: „Namens Sr. Majestät habe ich Ihnen den dringlichen Wunsch des Kaisers auszudrücken, daß Sie und Ihre Regierung zum mindesten aufhören sollten, in deutschen Zeitungen gegen das anglo-deutsche Abkommen zu agitieren.“ Leyds legte Verwahrung gegen diesen Vorwurf ein; aber v. Derenthall zuckte die Achsel und antwortete kühl, er habe sich seines Auftrages entledigt und könne weiter nichts thun. (Es muß dahin gestellt bleiben, ob tatsächlich Dr. Leyds in dieser schroffen Form vom deutschen Auswärtigen Amt behandelt worden ist.)

Frankreich.

Paris, 29. Septbr. Die „Aurore“ schreibt heute, eine gut unterrichtete Persönlichkeit teile ihr mit, daß die Regierung einen Brief Esterhazys in der Hand habe, der die verbrecherischen Beziehungen bekunde, die er mit du Paty de Clam unterhalten hat. Der Brief behandle das Gutachten der Schriftkundigen Belhomme, Varinard und Couart, die der Major Ravary mit der Untersuchung darüber betraut hatte, ob das Vorderau die Schrift Esterhazys zeige. In diesem Briefe finde sich die Stelle: „Sind Sie auch Ihres Gutachtens ganz sicher?“ — Der Direktor der Ecole des Chartes, Paul Meyer, erklärt, daß der gestern von mehreren Blättern veröffentlichte Brief an den General Zurlinden (i. vor. Nr.) gefälscht sei. Es heißt, daß gegen den Fälscher, welcher der Ecole des Chartes bereits bekannt sei, die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet wird. Es scheint nachgerade in Paris eine förmliche Fälschungsepidemie ausgebrochen zu sein. — Es verlautet, der Senator Trarieu habe die Absicht, gegen die durchaus ungelegliche Behandlung Picquarts im Militärgefängnis Einspruch zu erheben. — Der Minister Sarrin teilte dem Kardinal Richard mit, daß er das Gesuch der französischen Kirchenfürsten um Abänderung des Gesetzes über die staatliche Aufsicht der Kirchengeldverwaltung ablehnen müsse. Gleichzeitig machte der Minister darauf aufmerksam, daß die dem Ansuchen vorausgegangene gemeinsame Beratung der Bischöfe ungeleglich gewesen sei, da nach den Bestimmungen des Konfobates die Befugnisse der Bischöfe sich ausschließlich auf die von ihnen verwalteten Diözesen beschränken. — Der Ministerpräsident Brisson hat dem Beschluß des Gemeinderats, durch welchen den Familien der ausländischen Erdarbeiter eine Unterstützung von 20000 Frs. bewilligt wurde, seine Zustimmung erteilt. Ebenso wurde die vom Generalrat des Seine-Departements für den gleichen Zweck bewilligte Unterstützung von 10000 Francs angenommen. Die Gelder dürfen jedoch erst dann zur Verteilung gelangen, wenn die Ausständischen die Arbeit wieder aufgenommen haben.

— Die Ereignisse, die sich zur Zeit in Frankreich abspielen, werden im Vatikan mit Beunruhigung verfolgt. Man denkt hierbei keineswegs in erster Linie an die weitere Gestaltung der kirchenpolitischen Zustände in der Republik, sondern man befaßt sich mit der allgemeineren Frage, ob die gegenwärtige Bewegung in Frankreich bald zur Ruhe gelangen und das Land von politischen Erschütterungen verschont bleiben wird. Eben mit Rücksicht auf den Ernst der inneren Lage Frankreichs hat der Papst, wie die „Pol. Kor.“ mitteilt, den Veranstalter der Pilgerfahrt französischer Arbeiter, die in den nächsten Tagen stattfinden soll, nahelegen lassen, die Pilgerfahrt zu verschieben. Es ist zu erwarten, daß diesem Wunsche Folge geleistet werden wird.

— Unter der Ueberschrift: „Der Schlüssel zum Geheimnis“ bringt die Oktobernummer der „National Review“ einige auffällige und bemerkenswerte Mitteilungen über den Dreyfus-Fandal. In der Einleitung heißt es: „Es ist in der That notorisch, daß ein deutsch-französischer Krieg so wenig von Deutschland gesucht, wie von Frankreich gewünscht wird. Gerade aus diesem Grunde ist Deutschland willens und bereit, zur Vermeidung einer peinlichen und gefährlichen Kontroverse, die eine solche Ausdehnung angenommen hat, daß sie eine Gefahr für Europa bildet, beizutreten. Jemand, dem darum zu thun war, genau die gegenwärtige Haltung der deutschen Regierung festzustellen, hat kürzlich einige Erkundigungen in Berlin ein, wo er aus einwandloser Quelle erfuhr, daß die deutsche Regierung, obwohl sie eine Lösung der Dreyfusfrage mit Beugung begünstigen würde, doch der französischen Regierung ihre Aufklärung nicht aufzwingen könne, daß aber, sobald letztere das Verlangen äußere, die ganze Wahrheit zu erfahren, die deutsche Regierung den Obersten Schwarzkoppen autorisieren würde, zu sprechen. Man würde ihm erlauben, seine Aussagen entweder in Berlin zu machen oder in Paris, entweder vor einer deutschen Behörde oder vor einer französischen Behörde. Die kaiserliche Regierung mag sich nicht an Frankreich Rat anzubieten, noch trachtet sie danach, auf Frankreich einen Druck auszuüben, wenn aber Deutschland gefragt wird, so wird es keiner diplomatischen Bedanterie erlauben, einer freien und vollen Enthüllung im Wege zu stehen. Wenn die französische Regierung jetzt dahin entscheiden sollte, Deutschlands Anerbieten, dem früheren Militär-Attache zu erlauben, daß er, sei es in Berlin oder Paris, sei es mündlich oder schriftlich, Zeugnis ablegt, abzulehnen, so würde die Ablehnung nur einem und demselben Grunde allein zuzuschreiben sein. Wäre Hauptmann Dreyfus schuldig, so wäre kein Einwand dagegen möglich, daß die französische Regierung ein Zeugnis annimmt, das sie von einer fürdäberlichen Behörde befreit. Ihr Bögen hat nur darin seinen Grund, daß sie weis, Oberst Schwarzkoppen ist in der Lage, zu zeigen, daß Hauptmann Dreyfus unschuldig ist.“ — Der Schluß des Aufsatzes würde in auffallender Weise die Angaben des letzten „Oberver“-Artikels bestätigen. Er lautet: „Der Gerichtshof war in der ersten Stunde bereit, seine Pflicht zu thun und den Angeklagten freizusprechen. Die Verhörer waren wie vom Schlage getroffen, aber sie warfen die Flinte nicht ins Korn. Sie hatten ein Hilfsmittel in Reserve, nämlich den sächsischen Kniff, der diesen Fall von allen anderen Fällen unterscheidet. Hinter dem Rücken und ohne Wissen des Angeklagten und seines Anwaltes, Maître Demange, unter Mitwirkung des Militär-Gerichtsverfahrens und unter Verletzung der elementarsten Justiz brachten General Mercier und Oberst Sandherr einen Briefwechsel herbei, der eingestandenemmaßen zwischen dem italienischen und dem deutschen Attache ausgetauscht worden war. Er war von einem Spione gestohlen und hatte Monate lang im Kriegsministerium gelegen. Die Briefe hatten gar keinen Bezug auf den Fall Dreyfus, noch hatte man während der drei Monate, in denen der Dreyfus-Dossier sich angeammelt hatte, je angedeutet, daß diese Briefe den Angeklagten belasteten. Die Anklageschrift verbreitete sich mit einem gewissen Behagen über jedes belastende Moment, das Schlußheit oder Einbildung erfinden konnte, aber es findet sich keine Anspielung auf diese Korrespondenz darin vor. Inzwischen die Briefe erwähnten einen gewissen D. Die Offiziere des Militärgerichtshofes durften diese Korrespondenz nicht für sich lesen, sondern es wurde ihnen ein Auszug daraus vorgelesen, der den Satz enthält: „Cetto canaille de D. devient trop exigeant.“ Das D. wurde zu „Dreyfus“ ergänzt und so gelesen. Indes er so zu einem Verfälscher griff, welches tatsächlich eine Fälschung ist, erreichte der Kriegsminister die Verurteilung, auf welche das Kriegsministerium hingearbeitet hatte.“ — Der Gewährsmann der „National Review“ behauptet ferner, in Berlin glaube man, daß zweimal in der deutschen Bot-

schaft in Paris eingebrochen wurde, um Beweismaterial gegen Dreyfus zu bekommen. Das erste Mal sei der Raub gelungen, Schriftstücke seien gestohlen, kopiert und dann zurück-erstattet worden. Beim zweiten Male seien aber die Diebe gefaßt worden und ihr Geständnis habe hochstehende Persönlichkeiten kompromittiert, die sich sonst nicht mit Einbrüchen zu befassen pflegen. „Deutsches Gebiet“, heißt es in dem Artikel wörtlich, „war verlegt worden. Eine kampfslustige Macht hätte einen „casus belli“ darin gefunden. Aber Deutschland ist friedliebend.“ — Die Brisson und Delcassé ergebene Presse erklärt, die gegen Picquart erhobene Anschuldigung, daß er den Kobpostbrief gefälscht habe, müsse fallen gelassen werden, weil die deutsche Presse die zweifellos von Schwarzkoppen beeinflusste Erklärung abgab, jener Brief sei echt. Das Wort eines ehrenhaften Offiziers, welcher Armee er auch angehöre, könne nicht angezweifelt werden.

* Paris, 30. September. Nach dem „Gaulois“ will die Regierung eine etwaige Broschüre Esterhazys, wenn sie irgendwelche Enthüllungen enthalte, welche die äußere Sicherheit des Staates in Frage stellen, sofort mit Beschlag belegen.

Spanien.

* Madrid, 29. September. Der Ministerrat nahm Kenntnis von den aus Paris über den Empfang der Friedenskommission eingegangenen Depeschen und beschäftigte sich mit der Frage der Finanzen. — Wie eine Depesche aus Florenz meldet, dehnt sich die ausländische Bewegung auf den Philippinen immer weiter aus.

* Madrid, 30. September. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit einer Depesche des Generals Rios. Der Marineminister Anon teilte mit, die Depesche berichte über Bewegungen der Aufständischen auf den Bisayas-Inseln, die Aufständischen seien im Besitze von Kanonen. — Der Kriegsminister Correa meinte, es wäre unpatriotisch, den ganzen Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen. — Das Journal „Correo“ meldet, die Aufständischen empfangen Verstärkungen und Waffen, um den Aufstand weiter auszudehnen. Die Aufständischen griffen mehrere Provinzen auf der Insel Luzon an und töteten einige Gendarmerie-Offiziere und deren Familien. Die Gouverneure und die übrigen Beamten sind nach Florenz und Manila geflohen. — Die „Correspondencia“ wirft den Amerikanern vor, daß sie die Erhebung der Aufständischen duldeten und fordert die Regierung auf, durch die in Paris tagende Friedenskommission Einspruch hiergegen erheben zu lassen. — Es wird versichert, nach der Unterzeichnung des Friedens werde die Suspendierung der verfassungsmäßigen Garantien in Spanien aufhören.

Portugal.

* Lissabon, 30. September. Internationaler Journalistenkongress. Auf Vorschlag österreichischer, deutscher und schweizer Journalisten beantragte Professor Koch, daß der Kongress für das Jahr 1901 in Karlsbad, für das Jahr 1902 in der Schweiz und 1903 in Heidelberg abgehalten werde. Der Presskongress schloß seine Verhandlungen. Mit dem Schiedsgericht zwischen Verlegern und Journalisten wurde ein Ausschuß betraut, in den Singer-Wien, Schweizer-Berlin, Berza-Spanien, Torelli-Italien und Hebrard-Frankreich gewählt wurden. Der nächste Kongress wird in Rom, voraussichtlich um Ostern oder Pfingsten 1899, stattfinden. Versuche, über politische Fragen zu debattieren, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Kongressleitung.

Rußland.

Der russische „Regierungsbote“ stellt eine Berechnung auf wonach auf der ganzen Erde sich in Friedenszeiten 5 1/2 Millionen Mann im Militärdienst befinden. Im Falle eines Weltkrieges könnten 44 1/2 Millionen Mann auf das Schlachtfeld gebracht werden. In Europa würden in Friedenszeiten jährlich fünf Milliarden Francs für das Militär ohne die Marine ausgegeben.

Die katholischen Priesterseminarien von Sandomir, Sejni und Blacamel in Rußland sind durch die russischen Behörden geschlossen worden, weil die Priesterzöglinge durch ihre geistlichen Vorgesetzten den Unterricht statt in russischer in polnischer Sprache empfangen.

* Chabarowsk, 30. September. Prinz Heinrich von Preußen traf an Bord des Kreuzers „Deutschland“ am 24. d. in Nowo Kiewsk ein, ging am 25. abends nach Poffiet und setzte von dort am 26. früh die Reise in See fort.

Libau, 30. September. Der hiesige Kriegshafen wird infolge eifriger Arbeit noch heuer seiner Bestimmung übergeben werden.

Griechenland.

Athen, 29. September. Frankreich und England erließen Griechenland das Gehalt für ihre Vertreter in der Finanzkontrolle; ein Gleiches hofft man von Rußland.

Türkei.

* Konstantinopel, 29. September. Das Kriegsministerium beschäftigt sich mit den Vorarbeiten zur Aufstellung von Redif-Kavallerie, welche, obwohl organisationsgemäß vorgesehen, bisher nicht aufgestellt wurde. Es sollen in den Bereichen des ersten, zweiten, dritten und vierten Corps (Konstantinopel, Adrianopel, Saloniki und Erzizingian) 32 Redif-Kavallerie-Regimenter zur Aufstellung gelangen, welche wahrscheinlich im Kriege als Divisions-Kavallerie für eine in Europa aufzustellende Operationsarmee verwendet werden sollen, um auf diese Weise die Mzams (Linien-Kavallerie) zur Bildung von selbständigen Kavallerie-Armee-Körpern zu erhalten. Ferner verlautet, daß in den europäischen Teilen des 2. und 3. Corpsbereiches nicht 170, sondern 250 (Slave- (Ersatz-) Bataillons-Cadres aufgestellt werden. Die Arbeiten zur Aufstellung von Slave-Bataillons-Cadres schreiten ziemlich rasch fort.

* Die Botschafter Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens haben der Pforte die angekündigte Note überreicht, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Sultan, um weiteren Wirren vorzubeugen, seine Beamten und Truppen freiwillig von Kreta abberufen werde. Sollte sich jedoch der Sultan weigern, dann würden die Mächte sofort solche scharfe Maßregeln ergreifen, welche für die Wiederherstellung der Ruhe und der Ordnung auf der Insel notwendig werden. Diese Maßregeln sind bereits von den Mächten beschlossen. — „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß die Schwierigkeiten, welche zwischen dem Sultan und den Großmächten bezüglich Kretas bestehen, behoben sind.

* Der „Standard“ veröffentlicht ein Telegramm aus Kandia, demzufolge 60 Mann der türkischen Truppen mit